



## KyotoPlus-Dinner

### „Gerechtigkeit und Solidarität im Treibhaus“

#### Protokoll des Dinners mit Sivan Kartha

6. April 2005

„Equity and Solidarity in the Greenhouse – How to Reconcile Climate Protection and G77 Unity“ lautete der Titel für das dritte „KyotoPlus-Dinner“ der Heinrich Böll-Stiftung und des Wuppertal Instituts in einem Restaurant in Berlin-Mitte. Sivan Kartha präsentierte Ergebnisse des Projekts „Süd-Nord-Dialog – Gerechtigkeit im Treibhaus“, welches vom Wuppertal Institut betreut und durch die GTZ bzw. das BMZ finanziert wurde (<http://www.south-north-dialogue.net>). Die Anwesenden, 20 Vertreter aus Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Politik, diskutierten in englischer Sprache nach den Regeln der „Chatham House Rule“. Diese erlaubt es, alles Gesprochene zu zitieren – allerdings ohne den Sprecher oder dessen Institution offen zu legen.



Sivan Kartha eröffnete den Abend mit einem Rückblick auf die Stimmung der Klimaverhandlungen Ende 2004 in Buenos Aires. Trotz der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland wollte keine Feierstimmung aufkommen. Denn die Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls enden im Jahr 2012 und bisher ließe sich noch keine post-2012-Strategie identifizieren. Vor allem für die Einbindung des Südens in die Klimaverpflichtungen gäbe es bisher noch keinen Ansatz – dabei seien Maßnahmen in bestimmten hoch entwickelten oder auch bevölkerungsstarken Ländern des Südens unbedingt erforderlich, um den Klimawandel zu begrenzen. Denn selbst wenn alle Industriestaaten von heute auf morgen verschwinden würden, wäre die Welt trotzdem nicht nachhaltig: Schon die jetzigen Treibhausgas-Emissionen des Südens betragen das Doppelte der global erlaubten Gesamtmenge.

Basierend auf dieser Analyse stellte Sivan Kartha die Ergebnisse des Süd-Nord-Dialogs vor. Für den Bericht hatten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus 13 Industrie- und (in der Mehrzahl) Entwicklungsländern auf zwei Workshops und via E-mail die Eckpfeiler eines zukünftigen internationalen Klimaregimes diskutiert. Resultat war ein Vorschlag für die Klimadiplomatie, der

einen Rahmen für die Ausgestaltung eines zukünftigen Klimaabkommens aufzeigt, sowie Erfordernisse für den politischen Prozess darlegt. Zentraler Bestandteil dieses Pakets von Politikempfehlungen ist ein Modell für die faire Aufteilung von Klimaschutzpflichten, inklusive einer Formel für die Differenzierung von Klimapflichten innerhalb der Entwicklungsländer.

Diese Minderungspflichten unterschiedlicher Art für Entwicklungsländer sind abhängig von nationalen Bedingungen, also dem Potential für den Klimaschutz, der historischen Verantwortlichkeit und der Kapazität im Hinblick auf finanzielle und gesellschaftliche Ressourcen. Der Vorschlag beinhaltet darüber hinaus Empfehlungen für die Ausgestaltung einer Politik zur Anpassung an den Klimawandel, da zukünftige Vereinbarungen, wollen sie als fair wahrgenommen werden, Mechanismen für die Unterstützung der am meisten durch den Klimawandel verwundbaren Regionen enthalten müssen. Schließlich wird eine Vorreiterstrategie für den politischen Prozess aufgezeigt, um ein derartiges Klimaschutzabkommen auf internationaler Ebene voranzutreiben.

Sivan Kartha beendete seinen Vortrag mit der Forderung nach einem auf Gerechtigkeit und klaren Prinzipien basierenden System der Differenzierung. Dieses sei der beste und gangbarste Weg zum Klimaschutz für die Entwicklungsländer – und die Welt.

In einer ersten Reaktion würdigte Nicole Wilke (BMU) zunächst den Ansatz des Süd-Nord-Dialogs



und bestätigte, dass eine Differenzierung zwischen den Entwicklungsländern („nicht-Annex I-Staaten“) absolut notwendig sei. Die Staaten des Südens seien nicht homogen, sondern wiesen beträchtliche Unterschiede auf. Der Süd-Nord-Dialog weise eine gute Methode auf, eben diese Unterschiede zu erkennen und zu berücksichtigen. Ebenso sei es richtig, dass für die Industriestaaten nicht nur eine Verschärfung der absoluten Höchstgrenzen wichtig sei, sie stünden zudem in der Verantwortung, für den Klimaschutz im

Süden zu zahlen. Nicole Wilke machte allerdings deutlich, dass es auch ohne diese Erschwerung innerhalb der EU sehr schwer sein werde, beim ersten Treffen der Vertragsparteien zum Kyoto-Protokoll in Montreal (also bei der nächsten Runde der Klimaverhandlungen) geschlossen zu stehen.

Im Laufe der Debatte wurden vor allem folgende Themen diskutiert:

- Wie hoch die Kosten für die Bekämpfung des Klimawandels in Entwicklungsländern voraussichtlich sein werden und auf welchen Wegen dies finanziert werden kann;
- Der Wert von Kosten-Nutzen-Analysen für die einzelnen Staaten;

- Die Notwendigkeit, privates Geld für den Klimaschutz im Süden zu mobilisieren, da die staatlichen Haushalte der Industriestaaten dies nicht leisten könnten;
- Die neue Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer: Der Norden ist auf ein Mitmachen des Südens angewiesen, da nur so das Klima effektiv geschützt werden kann;
- Die Ersetzung der traditionellen Logik der „Lastenteilung“ (burden sharing) durch eine positive Sicht: Klimaschutz als Chance und positiver Wirtschaftsfaktor;
- Die Notwendigkeit und Konsequenzen eines „Politischen Willens“ und einer „Meinungsführerschaft“ der EU zum Klimaschutz;
- Die Bedeutung der USA im Klimaregime, also inwieweit die Bereitschaft des Südens zum Klimaschutz von der Beteiligung der USA abhängt;
- Anreize und Angebote zur Beteiligung verschiedener Klimaschutzstrategien;
- Die Solidarität und Einheit innerhalb der G77: Ist die Klimapolitik vielleicht ein zu kleiner Rahmen für diese Frage und muss die Frage der Differenzierung nicht auf UN-Ebene in New York entschieden werden?

Jörg Haas, Heinrich-Böll-Stiftung, Ökologiereferent  
Dr. Hermann E. Ott, Wuppertal Institut, Leiter Büro Berlin